

Rezension: Martin Kronauer, Gudrun Linne (Hg.): Flexicurity. Die Suche nach Sicherheit in der Flexibilität

Tremmel, Jörg; Wolff, Isabel

Veröffentlichungsversion / Published Version

Rezension / review

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Tremmel, J., & Wolff, I. (2009). Rezension: Martin Kronauer, Gudrun Linne (Hg.): Flexicurity. Die Suche nach Sicherheit in der Flexibilität. [Rezension des Buches *Flexicurity: die Suche nach Sicherheit in der Flexibilität*, von M. Kronauer, & G. Linne]. *Journal für Generationengerechtigkeit*, 9(2), 81-82. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-282281>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

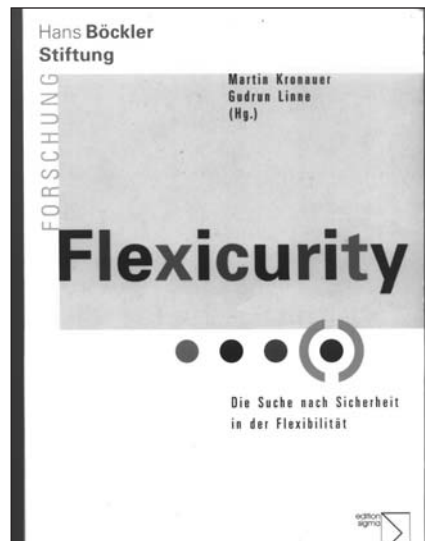
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Martin Kronauer / Gudrun Linne (Hg.): Flexicurity. Die Suche nach Sicherheit in der Flexibilität

Rezensenten: Jörg Tremmel und Isabel Wolff

Ein Begriff, der sich in keinem Duden findet, macht seit einigen Jahren Furore: Flexicurity. Gemeint ist, die von den Arbeitgebern im Zuge wachsenden Globalisierungsdrucks geforderte Flexibilität (flexibility) mit sozialer Sicherheit (security) zu verbinden. Auch Arbeitnehmer in flexiblen Arbeitsverhältnissen wie Teilzeit- oder befristeter Arbeit und solche mit diskontinuierlichen Erwerbsbiografien sollen nicht in Unsicherheit und Prekarität abrutschen. Vor allem die Europäische Kommission propagiert dieses neue Leitbild, um Europa einen Standortvorteil gegenüber den amerikanischen und asiatischen (im speziellen dem chinesischen) Arbeitsmärkten zu verschaffen. Durch die Europäische Sozialagenda vom Jahr 2000 wurde Flexicurity zum Baustein des europäischen Sozialmodells und wesentlichen Bestandteil des Lissabon-Prozesses erklärt. Ist dies nur ein sprachlicher Formelkompromiss, um unvereinbare Gegensätze mit einem Neologismus zu überbrücken? Dass Politik durch neue Begriffe gegensätzliche Positionen lieber verschleiert als sie zu entscheiden, war schon bei der Geburt des Wortes „Sustainable Development“ zu beobachten. Die Autoren des hier besprochenen Sammelbandes (herausgegeben von Martin Kronauer und Gudrun Linne in einer Forschungsreihe der Hans-Böckler-Stiftung) sehen jedenfalls in der theoretischen Fundierung und der Umsetzung des Konzeptes noch erhebliche Lücken. Sie beginnen ihre Einleitung vernünftigerweise dann auch mit einer Definition von Flexibilität und kommen zu dem Schluss, dass es auf Makro-, Meso- und Mikroebene durchaus verschiedene Bedeutungen hat. Die Politik reagiert mit Deregulierung. Auf Unternehmensebene werden Organisations- und Kontrollstrukturen, Arbeitsaufteilungen und -zuschnitte, Kostenstrukturen und Personaleinsatz angepasst. Bei einzelnen Personen machen sich Veränderungen im Bereich der Arbeitszeit- und Arbeitsgestaltung, Entlohnung, Mobilitäts- und Qualifikationsanforderungen und Arbeitsplatzsicherheit bemerkbar.

Terminologisch muss zudem grundsätzlich



unterschieden werden zwischen externer Flexibilisierung, also Einstellungen, Kündigungen und Leiharbeit je nach Marktlage, und interner Flexibilisierung, die von fest Angestellten verlangt, sich bezüglich Arbeitszeit, Aufgabenzuteilung etc. flexibel zu zeigen.

Neben der Analyse des spannungsreichen Verhältnisses von Flexibilität und Sicherheit in der Arbeitswelt hat Buch das Ziel, den Akteuren – Individuen, Unternehmen und den staatlichen Ebenen – Handlungsoptionen aufzuzeigen. Das arbeitsmarktpolitische Instrument Flexicurity soll hier einen Handlungsspielraum schaffen, innerhalb dessen die Protagonisten ihre unterschiedlichen Interessen behaupten können, wobei diese nicht einmal innerhalb der einzelnen Gruppen homogen sein müssen. Im Idealfall kommt es trotzdem zu win-win-Situationen – zumindest ist das das Versprechen des Begriffs „Flexicurity“.

Das Buch sucht die interdisziplinäre Debatte; die Autorinnen und Autoren kommen aus vier Disziplinen: Wirtschaftswissenschaften (v.a. Sozial- und Wirtschaftspolitik), Soziologie, Politologie und Rechtswissenschaften (v.a. Arbeitsrecht). Der Band ist in vier Teile gegliedert und umfasst 17 deutschsprachige Artikel. Die Geschlechterperspektive wird in vielen Beiträgen mitberücksichtigt, eine Generationenperspektive nimmt das Buch – bis auf den Beitrag von Klammer – nicht ein.

Dies ist ein Manko, denn hier besteht sicherlich noch erheblicher Forschungsbedarf.

Im ersten Teil wenden sich die Beiträge der Frage zu, inwieweit politische Maßnahmen mit dem tatsächlichen Regelungsbedarf im Zusammenhang und mit dynamischen Märkten in Einklang stehen.

Hierzu stellt Marcel Erlinghagen in seinem Beitrag die Frage, ob die wachsende Bedeutung von Flexibilisierungsmaßnahmen eine zwangsläufige Folge des globalisierten Arbeitsmarktes oder nur eine Reaktion der Politik auf die Forderungen von Seiten der Unternehmer sind. Diese Fragestellung führt ihn zu einer empirischen Untersuchung, inwieweit das Bild des ‚Arbeitskraftunternehmers‘, der Teil des flexiblen Arbeitsmarktes sein soll, Realität ist. Die Ergebnisse von Erlinghagens Untersuchungen können diese vorherrschende Meinung nur teilweise bestätigen. Die kritische Auseinandersetzung mit dem derzeit vorherrschenden Flexibilisierungsdiskurs endet mit einem Plädoyer für soziale Sicherungssysteme, welche innerhalb der Notwendigkeit einer Flexibilisierung gestaltet werden können. Hier soll Flexicurity einen positiven Ansatz darstellen, vor allem um den Menschen sowohl eine sichere Ausgangsbasis als auch Perspektiven zu vermitteln. Diese Perspektiven sind wichtig, um der wirtschaftlichen Entwicklung mehr Dynamik zu geben. Erlinghagen plädiert für Anreize von staatlicher Seite, welche es den Unternehmen ermöglicht, einen festen Belegschaftskern zu beschäftigen und weitere Arbeitnehmer flexibel zu beschäftigen. Auch sollen Eigen- und Erwerbsarbeit miteinander vereinbar sein und somit neue Beschäftigungspotentiale freigesetzt werden.

Der Autor Klaus Dörre untersucht unsichere Beschäftigungsverhältnisse als arbeitsmarktpolitische Herausforderung. Ausgangspunkt seiner Untersuchung ist eine interessante Analyse der Integrationspotentiale von Erwerbsarbeit. Er entwirft eine Typologisierung der Erwerbsarbeit in die Zone der Integration, die Zone der Prekarität und die

Zone der Entkoppelung. Empirisch untersucht er zudem die Wahrnehmung ihrer eigenen Situation durch die Betroffenen und ihre Erwartung über ihr zukünftiges Arbeitsleben. Dabei diagnostiziert er, „[...] dass abhängige Erwerbsarbeit ihre Funktion als zentrales ‚Bindemittel‘ der Gesellschaft zu verlieren beginnt.“ (S. 62). Eine Entprekarisierung kann nur stattfinden, wenn die Interessen dieser Gruppe vertreten werden. Hier appelliert Dörre an die Gewerkschaften.

Der zweite Teil setzt sich damit auseinander, wie die Arbeits- und Sozialpolitik bei externer Flexibilisierung gestalterisch handeln muss. Hierzu präsentiert dieser Abschnitt dem Leser eine Fülle von empirischem Material.

Keller und Seifert wollen in ihrem Beitrag Strategien aufzeigen, wie soziale Risiken flexibler Beschäftigungsformen gemindert werden können. Dabei gehen sie auf gesetzliche wie auch tarifvertragliche Regelungen ein. So schlagen sie Kriterien vor, welche die langfristige soziale Sicherung bei atypischen Beschäftigungsverhältnissen gewährleisten sollen.

Darauf folgend beschreiben die Autoren die Formen und die Entwicklung atypischer Beschäftigungsverhältnisse und zeigen auf, welche Personengruppen hiervon betroffen sind und welche Beschäftigungen als prekär einzustufen sind. Prekär sind Beschäftigungsverhältnisse demnach, wenn die Chancen auf Teilnahme an Weiterbildungsmaßnahmen ungünstig sind, da lebenslanges Lernen Voraussetzung für den Wiedereinstieg in das Arbeitsleben in Phasen der Arbeitslosigkeit ist. Abschließend werden Überlegungen zum Umgang mit atypischen Beschäftigungsformen aufgelistet, wie betriebliche Ansprüche, öffentliche Förderung und über-

betriebliche Formen der Organisation. An dieser Stelle vermisst man allerdings genauere Angaben zu diesen Konzepten.

Der dritte Teil beschäftigt sich mit der Auswirkung von Flexibilisierung auf die Erwerbstätigen und deren Biografien und welcher Regelungsbedarf hier seitens der Politik besteht.

Die Autoren Köhler, Struck, Krause, Sohr und Pfeifer tragen aus verschiedenen empirischen Untersuchungen zusammen, welche Gerechtigkeitsvorstellungen Arbeitnehmer in Bezug auf Entlassungen haben. Hier kristallisiert sich heraus, dass die Ansprüche der Bevölkerung an den Arbeitgeber und den Staat, Beschäftigungssicherheit zu bieten sehr hoch sind. Entlassungen werden nur als gerecht angesehen, wenn sie den Erhalt von Arbeitsplätzen sichern, nicht jedoch, wenn sie der Marktlogik entsprechen. Der Staat oder der Arbeitgeber hat hier also in seiner Funktion, Sicherheit zu gewährleisten, versagt, was der Arbeitnehmer nun ausbaden muss. Hier stellt der Autor ein Problem bezüglich der Flexibilitätsanforderungen an Arbeitnehmer fest, welches auch im Flexicurity-Konzept nicht ausbleibt. Lösungsansätze für dieses Problem werden von den Autoren nur kurz angedeutet, obwohl ein Schwerpunkt zu diesem Thema besser in das Gesamtkonzept des Buches gepasst hätte.

Im abschließenden vierten Teil wird u. a. ein Vergleich von Flexibilisierungsmaßnahmen in verschiedenen europäischen Ländern angestellt und bewertet.

Fink und Tálos diagnostizieren bei allen Ländern, die Gegenstand der Untersuchung sind, große Defizite in der sozialstaatlichen Absicherung von Flexibilisierung. Dabei schneiden konservative Wohlfahrtsstaaten wie Österreich und Deutschland besonders schlecht ab, da die sozialen Sicherungssy-

steme hier noch zu stark auf eine kontinuierliche Erwerbstätigkeit ausgerichtet sind. Auf Erwerbsgruppen, welche befristete Arbeitsverhältnisse eingehen und die zwischen verschiedenen befristeten Arbeitsverhältnissen womöglich längere Perioden arbeitslos sind, sind diese Sicherungssysteme nicht zugeschnitten. Der Beitrag gibt einen guten Einblick in die Arbeitsmarktpolitik und die unterschiedlichen Ansätze der Länder. Für Leser mit geringen wirtschaftswissenschaftlichen Kenntnissen erschließen sich die Zusammenhänge jedoch erst bei mehrmaligem Lesen der Abschnitte.

Inhaltlich bietet der Sammelband detaillierte und vielschichtige Informationen über die Flexibilisierung der Arbeitsmärkte und die daraus folgenden Konsequenzen. Letztere werden aus den Blickwinkeln der verschiedenen Akteure beschrieben. Das Werk macht dem Leser jedoch auch klar, dass die Umsetzung dieses verheißungsvollen Konzeptes noch in den Kinderschuhen steckt. Viele Voraussetzungen sind noch nicht vorhanden, um mit Flexicurity dem europäischen Arbeitsmarkt einen Standortvorteil zu verschaffen. Der Leser tut gut daran sich schon im Voraus einen Überblick über das Thema verschaffen. Dies erleichtert die Durchsicht der einzelnen Beiträge, da diese streckenweise sehr tief in die Thematik einsteigen. Was dem Buch teilweise fehlt, sind ausführlichere Einblicke in Flexicurity-Konzepte.

Martin Kronauer, Gudrun Linne (Hg.) (2005): Flexicurity. Die Suche nach Sicherheit in der Flexibilität. Forschungsreihe der Hans-Böckler-Stiftung, Bd. 65. Berlin: edition sigma., 423 Seiten, ISBN: 3-89404-996-0. Preis: 19,90 €



Advertisement in the IGJR:

You can address **8,000 scientists and opinion leaders** all over the world with an announcement! **There's no better promotion than that!** Additionally, you support the non-profit targets of the Foundation for the Rights of Future Generations by placing an advert in the IGJR.

Request our media data:
Tel. +49 6171 982 367
Fax +49 6171 952 566
E-mail: editors@igjr.org

Dear Reader, Your opinion matters!

We want to improve the Intergenerational Justice Review with your input. Send us your comments to:

IGJR-Editors
Postfach 5115
61422 Oberursel
GERMANY
Phone +49 6171 982 367
Fax +49 6171 952 566
E-Mail: editors@igjr.org

Please tell us of any friends to whom we can send one trial issue free of cost.